

2027 droht 12 Milliarden-Lücke in der GKV: DAK-Chef Storm fordert 3-Stufen-Plan für stabile Kassenbeiträge

- Neue IGES-Projektion berechnet weitere Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung
- 2035 könnte die Gesamtbelastung der Sozialabgaben erstmals die 50-Prozent-Marke erreichen
- DAK-Gesundheit plädiert für Gesundheitsreformen: einnahmenorientierte Ausgabenpolitik und Konzertierte Aktion

Berlin, 26. Januar 2026. In der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) droht 2027 eine Finanzlücke von bis zu zwölf Milliarden Euro. Dadurch könnte im kommenden Jahr auf Versicherte und Arbeitgeber ein erneuter Beitragssatzanstieg von 0,6 Punkten zukommen. Bis zum Jahr 2035 könnte ferner die Abgabenlast aller Sozialzweige insgesamt die Marke von 50 Prozent erreichen. Das zeigt eine neue Projektion des Berliner IGES Instituts im Auftrag der DAK-Gesundheit. DAK-Vorstandschef Andreas Storm schlägt einen 3-stufigen GKV-Stabilitätspakt vor, um die Beiträge der Krankenkassen bereits kurzfristig zu stabilisieren. Konkret gefordert wird eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik durch eine Konzertierte Aktion für alle Leistungsbereiche, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel sowie umfassende Struktur- und Versorgungsreformen. Ende März soll eine von Gesundheitsministerin Nina Warken eingesetzte Kommission Vorschläge für Finanz- und Strukturreformen in der GKV vorlegen.

Für die DAK-Analyse zur Beitragsentwicklung haben Wissenschaftler des IGES Instituts erneut eine Gesamtprojektion für alle Zweige der Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) mit der zu erwartenden Beitragsentwicklung bis 2035 berechnet. Grundlage sind die Eckpunkte zum Bundesetat und aktuell verfügbare Daten der zuständigen Bundesministerien sowie der beteiligten Sozialversicherungsträger.

„Die IGES-Analyse zeigt, dass die Gesamtbelastung in der Sozialversicherung bis 2035 auf die Marke von 50 Prozent steigen könnte. Diese dramatische Entwicklung sollte für alle Beteiligten ein letzter Warnschuss sein, um schnell und mutig die notwendigen Reformen anzugehen,“ sagt DAK-Vorstandschef Andreas Storm. „Die Arbeit der GKV-Finanzkommission ist eine große Chance für einen Neustart in der

Gesundheitspolitik, der durch eine Konzertierte Aktion begleitet werden sollte. Durch eine konsequente Umsetzung könnte das Versprechen stabiler Beiträge durch Gesundheitsministerin Warken eingelöst werden, um Versicherte und Arbeitgeber auch langfristig finanziell zu entlasten.“

IGES-Projektion zu Finanzlücken für Gesundheit und Pflege

Laut IGES-Projektion werden in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der sozialen Pflegeversicherung 2027 finanzielle Mehrbelastungen von mehr als 17 Milliarden Euro erwartet. Bei den Krankenkassen droht allein eine Finanzlücke von 11,8 Milliarden Euro. Ein anhaltend stärkeres Ausgabenwachstum führt zu einer Mehrbelastung von 6,8 Milliarden Euro. Dazu kommen der Wegfall des Bundesdarlehens (2,3 Mrd. Euro), der Wegfall des „kleinen Sparpakete“ (1,7 Mrd. Euro) sowie die voraussichtliche Anhebung des Apotheken-Fixums (1,0 Mrd. Euro). Der sozialen Pflegeversicherung drohen 2027 Mehrbelastungen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro durch anhaltend starkes Ausgabenwachstum (2,3 Mrd. Euro) und den Wegfall des Bundesdarlehens (3,2 Mrd. Euro).

2035 Sozialbeiträge von insgesamt 50 Prozent

Durch den ungedeckten Finanzbedarf in der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 11,8 Milliarden Euro droht nach den IGES-Berechnungen 2027 ein Beitragssatzanstieg von rund 0,6 Punkten gegenüber dem im Januar 2026 ausgabendeckenden durchschnittlichen Zusatzbeitrag von 3,08 Prozent. Laut Analyse würde der Beitragssatz in der GKV im kommenden Jahr durchschnittlich auf 18,3 Prozent steigen und 2033 die Marke von 20 Prozent erreichen. In der Pflegeversicherung droht 2027 ein Sprung um 0,3 Punkte auf 4,1 Prozent. Bis zum Jahr 2033 wird eine mögliche Beitragsbelastung von 5,0 Prozent errechnet. Für alle vier Zweige der Sozialversicherung geht das IGES Institut für 2027 von einem Sozialversicherungsbeitragssatz von insgesamt 43,6 Prozent aus, der weiter ansteigt und 2035 die Marke von 50,0 Prozent erreichen könnte.

IGES-Fazit: Bislang keine mittel- und langfristige Beitragsdämpfung

Im Fazit der IGES-Projektion erklärt Studienleiter Dr. Richard Ochmann: „Mit den Finanzierungsmaßnahmen, die die Bundesregierung zuletzt als kurzfristige Unterstützung der Finanzsituation von Kranken- und Pflegeversicherung beschlossen hat, wird man allein keine mittel- bis langfristige Beitragsdämpfung erreichen. Mit dem ‚kleinen Sparpaket‘ und einem einmaligen Bundesdarlehen kann die Beitragsentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung im laufenden Jahr höchstens gedämpft werden. Die Darlehen für die Soziale Pflegeversicherung in dem

beschlossenen Umfang reichen zwar aus, um im laufenden Jahr einen Beitragssatzanstieg in der Pflegeversicherung zu verhindern. Mittel- bis langfristig wird man mit beiden Darlehen das trendmäßige Öffnen der Schere zwischen Ausgaben- und Einnahmenentwicklung jedoch nicht verhindern. Bereits für das kommende Jahr zeichnet sich ein weiterer Anstieg der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung um knapp sechs Beitragszehntel und in der Sozialen Pflegeversicherung um knapp drei Beitragszehntel ab.“

DAK-Chef Storm schlägt 3-stufigen GKV-Stabilitätspakt vor

Als Reaktion auf den drohenden Beitragsanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung schlägt DAK-Vorstandschef Andreas Storm einen 3-stufigen GKV-Stabilitätspakt vor. „Um bereits 2027 stabile Beiträge der Krankenkassen zu erreichen, brauchen wir einen Stufenplan, der eine faire Lastenverteilung unter allen Beteiligten sicherstellt“, sagt Storm. „Dazu soll die ‘FinanzKommission Gesundheit’ (FKG) einen Vorschlag für eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik machen, die die Grundlage für die Beratung in einer Konzertierten Aktion Gesundheit ist.“

DAK-Vorschlag für einen 3-stufige-GKV-Stabilitätspakt:

- 1.) **Kurzfristige Stabilisierung I** durch eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik: Die Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung steigen nur noch im Einklang mit den Einnahmen. Die einnahmenorientierte Ausgabenpolitik sollte bis zum Ende der Wahlperiode 2029 festgelegt werden. Für das Jahr 2027 entsteht ein Kompensationsbedarf von rund 6,8 Milliarden Euro. Die Festlegung der Konsolidierungsbeiträge und die Instrumente für alle Leistungsbereiche sollten durch die „FinanzKommission Gesundheit“ festgelegt werden. Zur Konsensfindung wird eine Konzertierte Aktion für das Gesundheitswesen gestartet.
- 2.) **Kurzfristige Stabilisierung II** durch eine ordnungspolitisch gebotene Finanzierung der Leistungen in der GKV. In einem ersten Schritt soll der Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel und Hilfsmittel für alle Krankenversicherungsleistungen auf 7 Prozent abgesenkt werden. Dies hätte einen Spareffekt von ca. 4,7 Milliarden Euro bei Arzneimitteln und 0,6 Milliarden bei Hilfsmitteln. Die DAK-Gesundheit schlägt zur Kompensation die Erhöhung der Verbrauchssteuern auf Tabak und Alkohol vor. In weiteren Schritten sollte ab 2028 ein kostendeckender Ersatz der Ausgaben für Bürgergeld-Beziehende durch den Bund an die gesetzlichen Krankenkassen erfolgen.

Vorgeschlagen wird eine finanzielle Stufenlösung ab 2028 bis zum Vollausgleich von zehn Milliarden Euro jährlich. Zusätzlich sollte der Bundeszuschuss für die gesetzliche Krankenversicherung dynamisiert werden.

3.) **Langfristige Stabilisierung** durch umfassende Struktur- und Versorgungsreformen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Zeit, in der das System mit kurzfristigen Maßnahmen stabilisiert wird, sollte für die Implementierung tiefgreifender Reformen wie z.B. dem Primärversorgungssystem, der Notfallreform oder der Krankenhausreform genutzt werden. Diese tiefgreifenden Strukturreformen benötigen einen zeitlichen Vorlauf, bis die möglichen Effizienzreserven umfassend erschlossen werden können.

Weitere Informationen und Grafiken über die IGES-Projektion zur Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung bis 2035 gibt es unter: www.dak.de/forschung